ZEWpolicybrief

Mareike Bahn, Anne Berkemeier, Petra Deger, Havva Engin, Adalbert Evers, Rebecca Höhr, Oksana Kovtun-Hensel, Svenja Kück, Martin Lange, Georg Mildenberger, Friedhelm Pfeiffer, Verena Schmid, Katrin Sommerfeld, Corinna Uebel, Birgit Werner, Christina West

REALLABOR ASYLSUCHENDE IN DER RHEIN-NECKAR-REGION: VIELFALT AN PROBLEMEN – VIELFALT AN LÖSUNGEN

Deutschland steht vor der Aufgabe, viele Geflüchtete unterzubringen und ihnen neue Lebensperspektiven zu eröffnen. Die Menschen, die in den vergangenen Jahren gekommen sind, um Schutz zu suchen, sind keine homogene Gruppe. Sie unterscheiden sich nach Geschlecht, Alter, Herkunft, kulturellem Hintergrund, Bildung, Arbeitserfahrung, Sprachkompetenz, Migrations- und Fluchterfahrung, Zukunftsentwürfen und vielerlei mehr. Standardmaßnahmen für alle laufen so oftmals ins Leere, Ressourcen werden schlecht genutzt und Chancen verschenkt.

Herausforderung: Unterbringung und Aufzeigen von Lebensperspektiven für Geflüchtete



ZENTRALE ERGEBNISSE DES REALLABORS ASYLSUCHENDE //

- Notwendig in den Schulen resp. in der beruflichen Bildung ist die Erfassung individueller Lernvoraussetzungen und die Adaption des Unterrichts an diese Voraussetzungen.
- Vorrangig sollten Lernanlässe genutzt werden, die die Teilhabe an konkreten, gesellschaftlichen Handlungsfeldern ermöglichen (z.B. öffentlicher Nahverkehr, Wohnungsmarkt, Freizeitangebote, Behördengänge, Ausbildung und berufliche Situation). Auch die Angebote der Berufsorientierung sind auf ihre Passung zu den individuellen Unterstützungsbedarfen zu prüfen.
- Der Übergang in den Arbeitsmarkt stellt einen bedeutsamen Schritt für die gesellschaftliche Teilhabe vieler Geflüchteter dar. Eine längere (Aus-)Bildungsdauer im Heimatland und Kontakte zu Deutschen wirken sich deutlich positiv auf den Aufbau von Deutschkenntnissen und die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt aus. Für Unternehmen besteht oftmals das Problem, dass die Beschäftigung von Geflüchteten mit erheblichen Hürden verbunden ist.
- Das zivilgesellschaftliche Engagement erfolgt nicht allein im Rahmen etablierter freier Träger der Wohlfahrtspflege, sondern auch in neuen Formen. Persönliche Beziehungen zu den Betroffenen und zwischen den Akteuren sind ein prägendes Element für Entwicklung und Stabilität der Unterstützungsnetzwerke in der Region. Maßnahmen der Zivilgesellschaft, die sich beispielsweise auf sportliche Aktivitäten fokussieren, stellen einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten dar. Freiwillige erfüllen eine zentrale Funktion bei der Integration der Geflüchteten.
- Geflüchtete Menschen bringen eigene Ideen für ihre Zukunft mit. Das Modellprojekt UrbanUtopiaLAB des Reallabors begreift Geflüchtete als wertvolle Akteurinnen und Akteure und bezieht sie aktiv in die Prozesse bei der Quartiers-, Stadt- und Kommunalentwicklung ein.

Im Rhein-Neckar-Kreis finden sich vielfältige Akteurinnen und Akteure sowie Netzwerke, die die Integration von Geflüchteten unterstützen. In Berufsschulen werden neue Unterrichtsformen erprobt, die auf die individuellen Bedürfnisse und den Bildungshintergrund geflüchteter Jugendlicher abstellen. Kontakte mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft sind wichtig bei der Suche nach Wohnraum, bei der Eröffnung von Wegen zu gesellschaftlicher Teilhabe und auch bei der Partizipation am Arbeitsmarkt. Zugleich bauen Kontakte mit Einheimischen Vorurteile ab und erhöhen das Verständnis füreinander. Gesellschaftlich bleibt die Herausforderung, das Engagement staatlicher und kommunaler Instanzen sowie aus der Zivilgesellschaft möglichst komplementär zueinander zu gestalten. Reallabore können dazu entscheidende Impulse liefern.

REALLABORE: BEGLEITUNG VON UND UNTERSTÜTZUNG BEI GESELLSCHAFTLICHEN TRANSFORMATIONSPROZESSEN

Heterogenität der Geflüchteten erfordert spezifische Maßnahmen Die jüngste Asylzuwanderung stellt Politik und Wirtschaft vor vielfältige Herausforderungen. Die sehr heterogene Gruppe der Geflüchteten setzt sich einerseits aus Bürgerkriegsflüchtlingen oder Asylsuchenden zusammen, die gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Schutz vor Verfolgung suchen und gute Chancen auf einen längeren Verbleib in der Bundesrepublik haben. Anderseits sind aber auch Menschen darunter, die u.a. vor Hunger, Naturkatastrophen, wirtschaftlicher Not, häuslicher und sexueller Gewalt geflohen sind und deren Bleibeperspektive ungünstiger ist. Durch den Zuzug von Geflüchteten mit ganz unterschiedlichem Hintergrund innerhalb eines kurzen Zeitraums stehen Kommunen sowie etablierte Institutionen, wie Schulen, vor ganz neuen Herausforderungen. Gilt es doch, ihre Aktivitäten in Abstimmung und Kooperation mit dem vielfältigen privaten Engagement von Vereinen, Bürgerinitiativen und Freiwilligen so zu gestalten, dass Geflüchtete Unterstützung erhalten und eine Teilhabe ermöglicht wird.

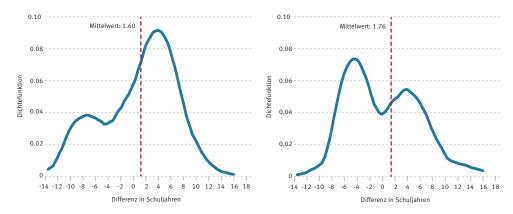
Hier setzt das Reallabor Asylsuchende an (weitere Informationen hierzu am Ende dieses ZEW policy briefs): Bei Reallaboren handelt es sich um Forschungssettings, die im Rahmen von Co-Design und Co-Produktion gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis Fragen gesellschaftlicher, insbesondere kommunaler Entwicklung, untersuchen und Lösungsansätze aufzeigen. Das Reallabor Asylsuchende hat wichtige Transfer- und Transformationsfunktionen bei der Gestaltung von Teilhabemöglichkeiten für Geflüchtete übernommen. In engen transdisziplinären Kooperationen werden Ergebnisse zu den Fragen des Ankommens und der Teilhabe erarbeitet, die in diesem ZEW policy brief zusammengefasst sind.

BILDUNG ZÄHLT

Um zielgruppenspezifische Bildungsangebote zu konzipieren, ist es zunächst wichtig, die Vorerfahrungen, Erwartungen und Potenziale der Geflüchteten zu analysieren. Befragungen von Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften in Sinsheim und Wiesloch im Jahr 2016 ergaben, dass die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs im Heimatland bei jungen Befragten, die im Mittel 23 Jahre alt waren, bei knapp neun Jahren liegt (Deger et al., 2017).

Die Abbildung zeigt die Verteilung der Unterschiede in den Bildungsjahren für die Geflüchteten selbst (linke Grafik) sowie zusätzlich für die Eltern der Geflüchteten (rechte Grafik). Der Wert von Null in den Grafiken bedeutet, dass die Anzahl der Bildungsjahre der mittleren Anzahl der Bildungsjahre von Gleichaltrigen im Heimatland entspricht. Die linke Grafik deutet darauf hin, dass viele Geflüchtete im Vergleich zum Bildungsstand von Gleichaltrigen im Heimatland eine deutlich bessere Bildung haben. Ein nicht unerheblicher Anteil ist jedoch auch schlechter gebildet. Im Durchschnitt über alle Befragten gilt für Geflüchtete sowie für ihre Eltern, dass sie mehr Zeit in Bildung investiert haben als gleichaltrige Personen im Herkunftsland.

VERTEILUNG DER UNTERSCHIEDE IN DEN BILDUNGSIAHREN FÜR GEFLÜCHTETE SOWIE FÜR DEREN ELTERN



Verteilung der Unterschiede in Bildungsjahren, Lange und Pfeiffer (2018). Links: Geflüchtete. Rechts: Eltern der Geflüchteten.

Geflüchtete, die in die Rhein-Neckar-Region gekommen sind, gehören demnach überdurchschnittlich oft zu besser gebildeten Bildungsschichten. Aus der Untersuchung des Reallabors geht auch hervor, dass Geflüchtete mit mehr Bildungsjahren in der Regel schneller Deutsch lernen und früher am Arbeitsleben partizipieren (Lange und Pfeiffer, 2018; Lange et al., 2019). Wie in der Abbildung zudem erkennbar ist, besteht eine hohe individuelle Variation in den Bildungsjahren der Geflüchteten. Im Vergleich mit gleichaltrigen Deutschen bestehen auch erhebliche Bildungsdefizite, die im Mittel etwa vier Jahre betragen. Diese hohe Variation und die Defizite stellen die Integrations- und Bildungspolitik vor besondere Herausforderungen.

In Kooperation mit "BBQ Berufliche Bildung gGmbH" wurden in Sinsheim und Wiesloch Unterstützungsbedarfe bei der Beschäftigung Geflüchteter aus Sicht der Unternehmen ermittelt, um Ansatzpunkte für eine Überwindung eventuell bestehender Hürden zu finden. Auf Wunsch der Unternehmen und in Abstimmung mit den Kommunen wurde ein Leitfaden erstellt, um den Zeitaufwand durch administrative Verfahren und die Suche nach Ansprechpartnern für spezifische Fragen zu reduzieren.

BERUFSSCHULEN: NEUE UNTERRICHTSFORMEN ERPROBEN

Jugendliche, die älter als 16 Jahre sind, gelten aufgrund ihres Lebensalters nicht mehr als schul-, sondern als berufsschulpflichtig. Allerdings ist die potenzielle Verweildauer der Jugendlichen über 16 Jahren im Berufsbildungssystem so kurz, dass der nachträgliche Erwerb schulisch relevanter Inhalte zur Vorbereitung auf eine berufliche Bildung häufig unrealistisch ist. Fehlende schulische Bildung im Herkunftsland kann daher für diese Altersgruppe kaum noch aufgeholt werden. Auch die Erfassung der Dauer des Schulbesuchs in den Herkunftsländern ist zwar eine notwendige, jedoch noch keine hinreichende Bedingung zur Klärung der Frage ob die erworbenen Kompetenzen zu den im hiesigen Bildungssystem erwarteten schulisch relevanten Fähigkeiten passen.

Die Herausforderung der Förderung grundlegender mathematischer und (schrift-)sprachlicher Kompetenzen insbesondere junger Geflüchteter besteht nach den Erfahrungen des Reallabors Asylsuchende darin, zielgruppenspezifische Bildungsangebote zu generieren, die bislang einer evidenzbasierten fachwissenschaftlichen und didaktischen Grundlegung entbehren. Die vorhandenen Organisationsstrukturen und Bildungsformate einschließlich ihrer Zertifizierung sollten Hohe Variation bei Bildungsjahren und erhebliche Bildungsdefizite

Bedarf an zielgruppenspezifischen Bildungsangeboten

daher möglichst flexibel an die Bildungsbiografien der Jugendlichen angepasst werden, z.B. über die Modularisierung von Ausbildungen und die Adaption herkömmlicher Prüfformate. Dabei spielen die für gesellschaftliche Teilhabe relevanten (schrift-)sprachlichen und mathematischen Kompetenzen als Grundbaustein gesellschaftlicher Kommunikation eine herausragende Rolle. Folgende Aspekte erweisen sich als besonders relevant:

- Erfassung individueller Lernvoraussetzungen unter besonderer Berücksichtigung bildungsbiografischer, sprachlicher und kultureller Heterogenität,
- Adaption herkömmlicher didaktisch-methodischer Konzepte an diese heterogenen individuellen Lernvoraussetzungen,
- Anpassung der Lernanlässe an konkrete, gesellschaftliche Handlungsfelder (z.B. Teilhabe am öffentlichen Nahverkehr, Behördengänge, Ausbildungs- und berufliche Situationen).

Die Umsetzbarkeit dieser Forderungen wurde im sprachvermittlungsbezogenen Teilprojekt nachgewiesen (Berkemeier und Kovtun-Hensel, i. V.). Die herausgearbeitete Herangehensweise wird inzwischen erfolgreich auf andere Schularten übertragen (Berkemeier und Schmidt, 2019). Dies bestätigte sich auch für den Bereich mathematischer Kompetenzen, die unter besonderer Berücksichtigung (schrift-)sprachlicher Kompetenzen zu thematisieren sind (Werner und Müller, 2018; Werner, 2017). Von weiterem Interesse ist die Wirksamkeit von Berufsorientierungsmaßnahmen für die Gruppe junger Geflüchteter im Sekundarbereich I. In einer qualitativen Studie wurden Interviews mit jungen Geflüchteten im Sekundarbereich I sowie mit Expertinnen und Experten der Berufsberatung in Heidelberg und in der Region geführt, um die Berufsorientierung der Geflüchteten zu verstehen und Verbesserungspotenziale in der Berufsberatung herauszuarbeiten. Laut eigener Aussage erhalten die Geflüchteten vor allem Unterstützung von ihrer Familie und den Lehrkräften. Sie schätzen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die gute Kenntnisse des deutschen Schulsystems haben, greifen aber bislang seltener auf die Berufsberatung der Agentur für Arbeit zurück. Demnach wäre es hilfreich, die Berufsorientierung bereits in der Schule zu intensivieren.

Zusammen mit der vhs Heidelberg wurden Selbstlernmaterialien entwickelt und in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) "Patrick-Henry-Village" (PHV) eingesetzt. Die Selbstlernmaterialien stellen ein niedrigschwelliges Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache für Menschen ohne Vorkenntnisse dar, die nach Einschätzung des Reallabors gut angenommen werden. Derzeit wird an der Digitalisierung der Materialien gearbeitet.

SELBSTBESTIMMTES WOHNEN UND MITGESTALTEN VON STADT UND URBANITÄT ALS REALISIERBARE UTOPIE

Dezentrale Strukturen werden heute nahezu übereinstimmend als erstrebenswerte Option für die Unterbringung von geflüchteten Personen gesehen. In Kommunen wird mit "dezentral" i.d.R. die Absicht bezeichnet, die zugeteilten geflüchteten Personen im Stadtgebiet verteilt unterzubringen und zudem die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner in einer Wohneinheit niedriger als in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) zu halten, bei einer gleichzeitig höheren Quadratmeterzahl an Wohnfläche pro Person. Eine dezentrale Unterbringung allein reicht jedoch häufig nicht aus, um ein Ankommen in der Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Diskriminierung sicherzustellen. Wegen der wechselseitigen Abhängigkeiten in den unterschiedlichen Teilhabebereichen ist ein ganzheitlicher Blick auf die Lebens- und Wohnsituation geflüchteter Personen von größter Bedeutung.

Segregation, also eine räumliche Konzentration von geflüchteten Personen auf wenige Quartiere, soll damit vermieden werden, da im (stadt-)politischen Diskurs nach wie vor davon ausgegangen wird, dass dies die Integration und gesellschaftliche Teilhabe erschwert. In vielen Kommunen

Berufsorientierung bereits in der Schule intensivieren

Dezentrale Unterbringung als erstrebenswerte Option wird zwar die Absicht einer gleichmäßigen Verteilung von Geflüchteten auf alle Stadtteile formuliert, in der Praxis zeigt sich dann aber oftmals doch deren Konzentration auf die Randlagen der Kommunen. Nach den Ergebnissen des Reallabors Asylsuchende entspricht dies nicht immer dem Anspruch einer humanen und integrativen Wohnsituation (West, 2019).

Während das institutionalisierte Hilfe- und Unterstützungssystem für Geflüchtete nach Einschätzung der Forschenden des Reallabors Asylsuchende etwa in Heidelberg gut organisiert und vernetzt ist, wird die Bedeutung von aus der Bürgerschaft gemeinsam mit Geflüchteten ko-organisierten regelmäßigen Treffen vielfach unterschätzt. Es wird noch zu häufig übersehen, dass geflüchtete Menschen eigene Ideen, Utopien und Sehnsüchte für ihre Zukunft mitbringen und "Stadt" und "Urbanität" mitgestalten möchten. Das Modellprojekt Urban Utopia LAB des Reallabors begreift Geflüchtete daher als wertvolle und notwendige Akteure und bezieht sie aktiv in die sich vollziehenden Transformationsprozesse bei der Quartier-, Stadt- und Kommunalentwicklung ein. Das damit verbundene Konzept der "urban citizenship" soll helfen, geflüchteten Menschen die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft zu geben und an der Diskussionen zur Stadtentwicklung teilzuhaben. Bisher gelingt es auch "Early Performern" oder kreativen Ideengeberinnen und Ideengebern (innerhalb der etablierten Systeme, Institutionen oder Behörden) oft (noch) nicht, häufig als starr wahrgenommene Strukturen und Denkmuster in Frage zu stellen, um Ermessensspielräume bei der Begleitung von Geflüchteten zu erkennen und zu nutzen.

Als notwendig wird die Einführung rechtlicher, baulicher, sozialer und organisational-kultureller Standards für die dezentrale Unterbringung erachtet, um die humanitäre Unterbringung geflüchteter Personen zu gewährleisten und die Prüfung der Einhaltung dieser Standards zu ermöglichen. Eine Kooperation von Kommunen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vermieterinnen und Vermietern, Engagierten und geflüchteten Personen bei der Wohnungssuche im Anschluss an die kommunale Unterbringung sollte angestrebt und im Rahmen konkreter Projekte umgesetzt werden. Um die Debatten im Stadtquartier produktiv zu gestalten, werden der Einsatz von Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanagern sowie Mediatorinnen und Mediatoren empfohlen, unter Einbeziehung aller Bewohnerinnen und Bewohner.

Das UrbanUtopiaLAB wurde anhand der Leitfrage "Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?" zusammen mit "Each1Teach1 e.V. - Jeder lehrt jeden" und mit Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten als ein auf Kommunikation, Kooperation, Kollaboration und Ko-kreation angelegter Möglichkeitsraum konzipiert und realisiert. Das Format "UrbanUtopiaLAB" ist ein mehrphasiger, länger andauernder Prozess, der mit verschiedenen experimentellen Methoden, Formaten sowie urbanen Interventionen und dem damit verbundenen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn darauf abzielt, auf der Basis einer "Kultur des Austauschs" eine gemeinsame Wissensproduktion auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten zu ermöglichen. Ziel ist es, zu erfahren, wie Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete sich die Stadt, den öffentlichen Raum, aneignen, in Wert setzen und konnotieren, und die daraus resultierenden konkreten Veränderungspotenziale in der Stadt und Stadtgesellschaft zu identifizieren, um politische Prozesse und Praktiken für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung aufzuzeigen und anzustoßen (West, 2019; West und Kück, 2019).

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE RESSOURCEN STÄRKEN

Die Zivilgesellschaft leistet mit vielen engagierten Organisationen in doppelter Hinsicht einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten: Sie unterstützt die staatlichen Akteurinnen und Akteure bei der Aufnahme von Geflüchteten in der Region und leistet zudem einen eigenständigen und unerlässlichen Beitrag zur Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft.

Geflüchteten die Möglichkeit zu aktiver Mitgestaltung geben

Erst nachdem die anfänglichen Notlagen überwunden sind, wird gesellschaftliche Partizipation möglich. Geflüchtete entwickeln zunehmend alltägliche Strukturen in Deutschland und werden Teil der Gesellschaft. Dabei werden sie häufig von Engagierten unterstützt. Besonders bedeutsam sind in diesem Kontext Patensysteme, aber auch vielfältige andere Aktivitäten, wie Sprachkurse, Kochkurse, informelle Treffen in Cafés und Teestuben, Angebote zur Freizeitgestaltung und gemeinsame sportliche Aktivitäten. Die zivilgesellschaftliche Infrastruktur ist essenziell und entwickelt sich sehr dynamisch, was wiederum neue Herausforderungen für das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft, Geflüchteten und Kommunen mit sich bringt.

Im Sommer 2018 wurde gemeinsam mit der Stadt Sinsheim die Veranstaltungsreihe "Wie wollen wir in Sinsheim leben?" durchgeführt. In Workshops wurde der gesellschaftliche Dialog zum Zusammenleben in der Stadt und der Region befördert. In Wiesloch zeigte die Veranstaltungsreihe "Wieslocher Migrationsgeschichten", wie vielfältig die Erfahrungen mit Flucht und Migration sind.

Aus den Erfahrungen und Forschungen des Reallabors Asylsuchende mit den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren lassen sich erste Handlungsempfehlungen für eine starke Zivilgesellschaft, welche Integration und Teilhabe in den verschiedenen Handlungsfeldern befördern kann, ableiten.

In der Flüchtlingshilfe finden sich viele Engagierte, die nach einem Engagement mit flexibler Zeitgestaltung und Projektstrukturen suchen. Sie sind in der Regel in informellen Gruppen und Netzwerken aktiv. Bei ihnen verbinden sich Ansprüche an freie Zeiteinteilung mit einer hohen Verbindlichkeit des Engagements gegenüber den Geflüchteten. Für diese nicht gebundenen Engagierten können Organisationen dann attraktiv sein, wenn sie sich mit ihren eigenen Projekten und Ideen andocken können. Dafür ist es wichtig, klare, nach außen transparente Strukturen aufzubauen. Engagierte verstehen ihr Engagement in der Regel nicht als politisch. Ihr Handeln hat mit der "großen Politik" nur zu tun, insoweit diese die eigenen moralischen Bezüge stärken hilft. Dennoch zeigt sich zunehmend eine Politisierung der bisher eher apolitischen Flüchtlingshelfer. Solche Politisierung lokalen Engagements entsteht vielfach dort, wo Fragen der "großen Politik" und des "Anpackens" lokaler Aufgaben einander näherkommen. Dies geschieht etwa, wenn Engagement auf die Helferrolle mit wenig Gestaltungsspielraum reduziert und damit häufig auch deren Wirkung eingeschränkt wird. Die Kommunen sollten zivilgesellschaftliches Engagement gerade dort ermöglichen, wo es über eine Helferrolle hinausgeht.

Engagement in der Flüchtlingshilfe basiert sehr oft auf persönlichen Kontakten. Sie sind eine wichtige Ressource der Engagierten, die damit, neben den administrativen Pfaden, nach Lösungen für "ihre" Geflüchteten suchen. Dabei nutzen sie unterschiedliche Formen der Vernetzung mehr oder weniger formeller Art, etwa die vielfältig entstanden Arbeitskreise oder Runden Tische. Solche neuen Plattformen haben erst eine kurze, aber vielversprechende Geschichte. Daher gilt

In dem vom Verein "Anpfiff ins Leben e.V." organisierten Projekt HEIMSTÄRKE trafen sich, unter Anleitung von Freiwilligen, wöchentlich junge männliche Geflüchtete zu einem zweistündigen Fußballtraining in Sandhausen, Sinsheim und Walldorf. Ergänzend wurden Sprachlerneinheiten, Mentoring und Berufsorientierung angeboten. Bereits nach drei Monaten zeigte sich, dass die Teilnehmer an HEIMSTÄRKE deutlich mehr Kontakt zu einheimischen Personen hatten (Lange et al. 2017). Zudem verbanden sie mit ihrer Teilnahme die Erwartung, besser auf den Arbeitsmarkt vorbereitet zu werden.

Aufbau transparenter Strukturen als Basis für Ideen und Aktionen aus privatem Engegement es, ihnen zwischen kommunalen Instanzen und Vertretern der lokalen Bürgergesellschaft einen gesicherten Platz zu geben. Die genannten Vernetzungsplattformen und Runden Tische bieten eine Möglichkeit für berufliche und freiwillig Engagierte auf Augenhöhe mit Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen zusammenzukommen und mit einer ganzheitlichen Betrachtung Lösungen, teilweise auch auf "dem kurzen Dienstweg", zu finden.

Es hat sich erwiesen, dass bei allen Unterstützungsformen auf die jeweilige Situation und Einzelperson zugeschnittene vernetzte Arrangements von Vorteil und erfolgversprechend sind. Dazu sollten auch bürokratische Verfahren vereinfacht werden. Ämter sowie Akteurinnen und Akteure sollten bereit sein, sich untereinander und mit Engagierten als den Anwälten der Geflüchteten abzustimmen. Die oftmals beobachteten Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen Engagierten und Administration sollten in einer offenen Debatte thematisiert werden. Ziel sollte sein, Komplementaritäten zwischen Engagierten und Administration auszuloten, um die lokalen Unterstützungsangebote zu verbessern und zu fördern.

Vereinfachung bürokratischer Verfahren

LITERATURANGABEN

- Berkemeier, A. & Kovtun-Hensel, O. (i. V.). Systematische Zweitsprachförderung. Erscheint in: Becker-Mrotzek, M. u. a. (Hg.): Sprachliche Bildung im Transfer: Konzepte der Sprach- und Schriftsprachförderung weitergeben. Bildung in Sprache und Schrift. Bd. 6. Münster: Waxmann.
- Berkemeier A., & Schmidt, A. (2019). Schrittweise Deutsch. Mit dem Sprachkoffer individualisiert Sprache vermitteln. Leipzig: Schubert.
- Deger, P., Gonser, M., Kolb, M., Kück, S., Lange, M., Mildenberger, G., Pfeiffer, F., Sommerfeld, K. & West, C. (2017). Integrationspotenziale: Ausgewählte Ergebnisse der Reallabor-Befragungen unter Geflüchteten. ZEW-Forschungsbericht, Mannheim.
- Lange, M. & Pfeiffer, F. (2018), The Human Capital Selection of Young Males Seeking Asylum in Germany, ZEW Discussion Paper No. 18-040, Mannheim.
- Lange, M., Pfeiffer, F., Scherf, A. & Sommerfeld, K. (2019). Integrationsfortschritte: Ausgewählte Ergebnisse der zweiten Reallabor-Befragung unter Geflüchteten. ZEW-Forschungsbericht, Mannheim.
- Lange, M., Pfeiffer, F., & van den Berg, G. J. (2017). Integrating young male refugees: initial evidence from an inclusive soccer project. Journal for Labour Market Research, 51(1), 6.
- Schmid, V., Evers, A., Mildenberger, G. (2019): Mögliche Bedeutungen zivilgesellschaftlichen Handelns. Eine Untersuchung lokaler Unterstützungsbewegungen für Geflüchtete. In A. Evers (Hg.): Lokales Engagement für Geflüchtete. Konturen, Kontexte, Entwicklungen. Hgg. im Auftrag der BBE-Arbeitsgruppe Zivilgesellschaftsforschung zur Dokumentation ihrer offenen Sitzung vom 15.06.2018. Berlin (Arbeitspapiere, Nr. 8), 20–28.
- Werner, B. & Müller, R. (2018), "Die Welt trifft sich im Klassenzimmer" Empirische Befunde und konzeptionelle Überlegungen für einen sprach- und kultursensiblen (Mathematik-)Fachunterricht. In: Sprache im Beruf 1/2018; 50 66 Stuttgart: Steiner.
- Werner, B. (2017). Teilhabe durch Bildung Bildung durch Teilhabe?! Bildungstheoretische, fachdidaktische und berufspädagogische Überlegungen für die Förderung Benachteiligter. Beitrag auf der 4. Fachtagung des BLV Referat Allgemeinbildung zum Thema: Beschulung von Geflüchteten und Zugewanderten an beruflichen Schulen. In: BLV-Magazin 4/2017; 6 10 Bruchsal: KAROLUS Media
- West, C. (2019): Transversal City and Transtopia Reflecting and Analysing Migration, the City, and the Urban after the Postmigrant City. In: Special edition Social Geography: Die "postmigrantische Stadt" urbanes Zusammenleben aus der Perspektive der Migration. Geographia Helvetica.

West, C. & Kück, S. (2019): UrbanUtopiaLAB – transdisziplinäres Forschen und Handeln in der transversalen Gesellschaft. Phasen eines transdisziplinär-transformativen Formats. In: Defila, R./Di Giulio, A. (Hg.): Transdisziplinär und transformativ Forschen. Eine Methodensammlung, Bd. 2. Wiesbaden: Springer VS.



WEITERE INFORMATIONEN //

Projektteam

Mareike Bahn

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Prof. Dr. Anne Berkemeier

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Petra Deger

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Prof. Dr. Havva Engin

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Prof. Dr. Adalbert Evers

Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI), Universität Heidelberg

Rebecca Höhr

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Dr. Oksana Kovtun-Hensel

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Svenja Kück

Geographisches Institut, Universität Heidelberg

Martin Lange

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Georg Mildenberger

Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI), Universität Heidelberg

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Verena Schmid

Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI), Universität Heidelberg

Katrin Sommerfeld

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Corinna Uebel

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Prof. Dr. Birgit Werner

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Dr. Christina West

s:ne | Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung: Zukunftsorientierte Stadtentwicklung, Hochschule Darmstadt

Ansprechpartner

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

Kommissarische Leitung Forschungsbereich "Arbeitsmärkte und Personalmanagement" am ZEW friedhelm.pfeiffer@zew.de, Telefon: +49 6 21 12 35-150

ANMERKUNG ZUM REALLABOR ASYLSUCHENDE IN DER RHEIN-NECKAR-REGION

Das Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region ist ein Forschungsverbund aus den vier Forschungseinrichtungen Geographisches Institut der Universität Heidelberg (GI), Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg (CSI), Pädagogische Hochschule Heidelberg (PH) und ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, sowie den drei Kommunen Heidelberg, Sinsheim und Wiesloch. Das Reallabor Asylsuchende wird aus Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg unterstützt, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Die in diesem ZEW policy brief vertretenen Standpunkte des Projektteams sind aus der Arbeit des Reallabors entstanden und entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung des Ministeriums.





Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktionelle Verantwortung: Prof. Achim Wambach, PhD

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.

 $@ \ {\sf ZEW-Leibniz-Zentrum} \ {\sf für Europ\"{a}ische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim} \\$